

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Entwurf des Haushaltsgesetzes 1999

Einzelplan 11 - Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit
- Drucksachen 12/ 3300, 12/3400 und 12/3550 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Frauenpolitik

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 11, Kapitel 11 030, wird mit den sich aus dem Bericht ergebenden Änderungen angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Ausschuß für Frauenpolitik hat in seiner Sitzung am 04. September, 30. Oktober und am 27. November 1998 den Einzelplan 11 Kapitel 11 030 sowie Haushaltstitel der anderen Ressorts, die einen unmittelbaren frauenpolitischen Bezug haben, beraten. Für die Beratungen lagen dem Ausschuß für Frauenpolitik folgende Vorlagen vor:

Ministerium für Frauen, Jugend, Familie
und Gesundheit

Vorlage 12/2332

Vorlage 12/2315

Für die abschließende Beratung am 27. November 1998 lagen insgesamt 19 Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der CDU vor.

B Beratung

Der Ausschuß befaßte sich mit 13 zum Einzelplan 11 Kapitel 11 030 vorgelegten Änderungsanträgen der Fraktionen sowie 7 vorgelegten Änderungsanträgen der Fraktionen zu Haushaltstiteln der Einzelpläne 03, 08 und 15.

Zu lfd. Nr. 1 in Verbindung mit lfd. Nr. 3

Kapitel 11 030, Titel 526 10 und Kapitel 11 030, Titel 546 11

Die SPD-Fraktion stellte heraus, daß sie mit der Erhöhung des Titelansatzes die wissenschaftliche Begleitung und Förderung insbesondere des Dienstleistungspools in Bochum als letztes Förderprojekt über den 30.06.1999 hinaus sicherstellen möchte. Die Förderung zu diesem Haushaltstitel sei daher auch degressiv ausgelegt.

Zu lfd. Nr. 2

Kapitel 11 030, Titel 531 70

Die SPD-Fraktion machte deutlich, daß die im Titel 531 70 eingestellten Mittel nicht wie von dem Antragsteller (CDU-Fraktion) formuliert eine überflüssige Selbstdarstellung der Landesregierung sei, sondern die Haushaltsmittel für die Erstellung und Herausgabe wichtiger Informationsbroschüren der Landesregierung benötigt werden.

Zu lfd. Nr. 4

Kapitel 11 030, Titel 684 13

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wies darauf hin, daß die Erhöhung des Titelansatzes zur Sicherung der Fachkompetenz in den geförderten Beratungseinrichtungen vor allem zur Einrichtung sozialversicherter Personalstellen eingesetzt werden soll.

Zu lfd. Nr. 5

Kapitel 11 030, Titel 684 21

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonte, daß durch die Erhöhung des Titelansatzes bislang nicht geförderte Beratungsstellen für die Betreuung von Opfern des Frauen- und Kinderhandels unterstützt werden sollen.

Zu lfd. Nr. 6

Kapitel 11 030, Titel 684 24

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellte heraus, daß die Einbringung der Verpflichtungsermächtigung notwendig sei, um die Kontinuität der Förderung (dauerhafte Personalförderung) des Netzwerkes "Frauen und Mädchen mit Behinderungen" zu sichern.

Zu lfd. Nr. 7

Kapitel 11 030, Titel 684 30

Von der Fraktion der CDU wurde eine Erhöhung des Titelansatzes um 30 000 DM beantragt, um gezielt Projekte des Landesfrauenrates zu fördern und deren Teilnahme an der "top '99" zu sichern.

Die SPD-Fraktion lehnte die beantragte Erhöhung des Titelansatzes ab, da die dort veranschlagten Mittel zur Förderung möglichst verschiedener Gruppen vorgesehen sei. Es sei im übrigen Aufgabe der Landesregierung über die Mittelvergabe selbst zu entscheiden, um möglichst viele Antragstellende in den Genuß einer Förderung kommen zu lassen.

Zu lfd. Nr. 8

Kapitel 11 030, Titel 684 40

Von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde die Erhöhung des Titelansatzes mit zusätzlichen Programmen gegen sexualisierte Gewalt, zur Prävention an Schulen sowie zur Förderung von Fortbildungen und einer entsprechenden Vernetzungsarbeit begründet. Auch sollen durch die Mittelerhöhung Anregungen zur Entwicklung neuer Konzepte und Projekte ermöglicht werden.

Zu lfd. Nr. 9

Kapitel 11 050, Titelgruppe 60, Titel 684 60

Die Fraktion der CDU möchte mit der Erhöhung des Titelansatzes eine bedarfsgerechte Schwangerschaftskonfliktberatung sicherstellen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sah hierzu keine Veranlassung. Der im Haushaltsentwurf etatisierte Ansatz decke den Beratungsbedarf ab.

Zu lfd. Nr. 10

Kapitel 11 050, Titel 684 87

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wies darauf hin, daß im Haushaltsentwurf dieser Titel gekürzt worden sei. Sie beantrage deshalb eine Überrollung des Ansatzes, auch zur gleichberechtigten Förderung von lesbischen und schwulen Initiativen.

Zu lfd. Nr. 12

Kapitel 11 080, Titelgruppe 64, Titel 685 64

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begründete die Erhöhung des Titelansatzes mit dem Ziel, weitere Projekte zur zielgruppenspezifischer Prävention, Beratung, Betreuung und Versorgung von Menschen mit HIV und AIDS zu unterstützen.

Zu lfd. Nr. 13

Kapitel 11 080, Titelgruppe 71, Titel 653 71

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verwies auf die umfangreichen Diskussionen, die der Ausschuß für Frauenpolitik zur Thematik der Bekämpfung der Suchtgefahren, u. a. auch in Form einer Anhörung durchgeführt hat. Die Erhöhung des Titelansatzes soll der Verstärkung von frauenspezifischen Angeboten dienen. Die Fraktion der CDU lehnte diesen Antrag jedoch ab, da sie befürchtet, daß mit der Erhöhung des Ansatzes ebenfalls die in der Diskussion befindlichen Fixerstuben gefördert werden könnten.

Anschließend hat der Ausschuß für Frauenpolitik die Änderungsanträge der Fraktionen zu den Haushaltstiteln der anderen Ressorts, die unmittelbar frauenspezifische Belange betreffen, beraten und abgestimmt.

Von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden zum Einzelplan 05, wo frauenspezifische Belange tangiert sind, weitere Änderungsanträge aus den zuständigen Fachausschüssen angekündigt.

C Schlußabstimmung

Bei der Schlußabstimmung wurde der Einzelplan 11, Kapitel 11 030, in der Fassung des Haushaltsentwurfs einschließlich der Ergänzungsvorlagen unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Gerda Kieninger
Vorsitzende

Anlage

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan
im Ausschuß Frauenpolitik
zum Haushaltsgesetz 1999

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 12/2472

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	SPD/ Bündnis 90/Die Grünen	<p>Kapitel 11 030 Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann</p> <p>Titel 526 10 Wissenschaftliche Begleitung von Dienstleistungspools, Seite 34</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 180.000 DM um 40.000 DM auf 220.000 DM</p> <p>Begründung: Die Erhöhung dient der Fortführung der wissenschaftlichen Begleitforschung von Dienstleistungspools über den 30. Juni 1999 hinaus.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ja</p>

Anlage zu Vorlage 12/2472

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	CDU	<p>Kapitel 11 030, Titel 531 70 Überflüssige Selbstdarstellung der Landesregierung</p> <p>Kürzung der Haushaltsmittel von: 315 000 DM um: 215 000 DM auf: 100 000 DM</p> <p>Öffentlichkeitsarbeit, Informations- und Aufklärungsmaßnahmen der Landesregierung sollten auf ein vernünftiges Maß reduziert werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD CDU BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p> <p>nein ja nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	SPD/ Bündnis 90/Die Grünen	<p>Kapitel 11 030 Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann</p> <p>Titel 546 11 Sonstige Verwaltungsausgaben für die modellhafte Erprobung und Durchführung von Dienstleistungspools, Seite 34</p> <p><u>Erhöhung des Baransatzes</u></p> <p>von 820.000 DM um 90.000 DM auf 910.000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Der Erhöhungsbetrag dient der Fortführung der Förderung der modellhaften Erprobung und Durchführung von Dienstleistungspools über den 30. Juni 1998 hinaus. Die Förderung erfolgt degressiv.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 11 030 Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann</p> <p>Titel 684 13 Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben von Fraueninitiativen, die gegen sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen tätig sind</p> <p><u>Erhöhung des Baransatzes</u></p> <p>von 1.250.000 DM</p> <p>um 250.000 DM</p> <p>auf 1.500.000 DM</p> <p><u>Einstellen einer Verpflichtungsermächtigung</u></p> <p>in Höhe von 500.000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Zur Sicherung der Fachkompetenz in den geförderten Beratungseinrichtungen soll der Erhöhungsbetrag vor allem zur Einrichtung sozialversicherter Personalstellen eingesetzt werden. Die vorgesehene Verpflichtungsermächtigung ist erforderlich, um die notwendigen finanziellen Verpflichtungen eingehen zu können.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU Enthaltung</p> <p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 11 030 Titel 684 21 Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an die Träger von spezialisierten Beratungseinrichtungen (Frauenhandel-Beratungsstellen)</p> <p><u>Erhöhung des Baransatzes</u></p> <p>von 950.000 DM um 300.000 DM auf 1.250.000 DM</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Durch die Erhöhung des Baransatzes sollen bislang nicht geförderte Beratungsstellen für die Betreuung von Opfern des Frauen- und Kinderhandels unterstützt werden.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 11 030 Titel 684 24 Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann Zuschüsse zu Maßnahmen für Frauen und Mädchen mit Behinderungen</p> <p><u>Einstellen einer Verpflichtungsermächtigung</u> von 150.000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 150.000 DM ist erforderlich, um die vom Netzwerk "Frauen und Mädchen mit Behinderungen" zur Koordination der Projekte begründeten Verpflichtungen auch über ein Haushaltsjahr hinaus zu sichern.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ja</p>

Anlage zu Vorlage 12/2472

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	CDU	<p>Kapitel 11 030, Titel 684 30 (300.000 DM) davon: Zuschuß an den Landesfrauenrat NRW (LFR)</p> <p>Anhebung der Haushaltsmittel</p> <p>von: 50 000 DM um: 30 000 DM auf: 80 000 DM</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Frauenarbeit des Landesfrauenrats NRW soll 20.000 DM für Projekte zusätzlich erhalten und 10 000 DM für die "top 1999".</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN nein</p>

Anlage zu Vorlage 12/2472

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	SPD/ Bündnis 90/Die Grünen	<p>Kapitel 11 030 Titel 684 40 Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen zum Thema "Gewalt gegen Frauen und sexueller Mißbrauch an Kindern" sowie "Sexualaufklärung und Prävention"</p> <p>Erhöhung des Baransatzes:</p> <p>von 1.200.000 DM um + 300.000 DM auf 1.500.000 DM</p> <p>Begründung: Mit den zusätzlichen Mitteln sollen Informations- und Präventionsmaßnahmen gegen sexualisierte Gewalt, insbesondere innovative Maßnahmen, Vernetzungsarbeit, Fortbildung und Selbstbehauptungsangebote gefördert werden. Es hat sich herausgestellt, daß der Beruf hier die im Vorjahr bereitgestellten Mittel stark übersteigt.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ja</p>

Anlage zu Vorlage 12/2472

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	CDU	<p>Kapitel 11 050 Titelgruppe 60 Kinder-, Jugend-, Familien- und Altenhilfe Förderung der Familienhilfe und Kinderhilfe, S. 50</p> <p>Titel 684 60 Zuschüsse an Organisationen der freien Wohlfahrtspflege</p> <p>hier: Titel 683 60-2 Förderung der Träger von Beratungsstellen für Schwangerschaftsprobleme und Familienplanung, der vorbeugenden Arbeit auf den Gebieten der Sexualpädagogik und Familienplanung sowie der Maßnahmen zur Umsetzung der perspektiven der Landesregierung zum Thema "Sexualaufklärung und Prävention", Seite 51</p> <p>von 17.392.000 DM Erhöhung um 1.000.000 DM auf 18.392.000 DM</p> <p>Begründung: Die Mittel sollen für die Förderung von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen eingesetzt werden. Dies ist notwendig, um einer Bedarfsdeckung - wie im Schwangerschaftskonfliktgesetz vorgesehen - näher zu kommen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	SPD/ Bündnis 90/Die Grünen	<p>Kapitel 11 050 Titel 684 87 Gleichgeschlechtliche Lebensformen, Zuschüsse an freie Träger</p> <p>Erhöhung des Baransatzes:</p> <p>von 1.008.000 DM um + 300.000 DM auf 1.308.000 DM</p> <p>Begründung: Etwa zwei Drittel der Mittel für freie Träger sind bereits gebunden zur Finanzierung schwuler Dachverbände und Projekte. Lesbischen Initiativen muß jedoch eine gleichberechtigte Förderung zuteil werden. Dies wird durch die vorgesehene Mittelerrhöhung sichergestellt.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ja</p>

Anlage zu Vorlage 12/2472

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11	CDU	<p>Kapitel 11 050 Titelgruppe 80</p> <p>Kinder-, Jugend-, Familien- und Altenhilfe Förderung der Betriebs- und Investitionskosten nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK -, Seite 72</p> <p>Titel 653 80</p> <p>Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Betriebskosten für Tageseinrichtungen für Kinder</p> <p>von 1.608.669.000 DM Erhöhung um 120.000.000 DM auf 1.728.669.000 DM</p> <p>Begründung: Die Mittel sollen eingesetzt werden, um eine Absenkung des Trägeranteils zu erreichen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nein</p>
12	SPD/ Bündnis 90/Die Grünen	<p>Kapitel 11 080 Titelgruppe 64</p> <p>Maßnahmen für das Gesundheitswesen Bekämpfung erworbener Immunschwäche (AIDS)</p> <p>Titel 685 64</p> <p>Zielgruppenspezifische AIDS-Prävention, Beratung, Betreuung und Pflege</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p><u>Erhöhung des Baransatzes</u></p> <p>von 830.000 DM um 570.000 DM auf 1.400.000 DM</p> <p><u>Erhöhung der VE</u></p> <p>von 0 um 800.000 DM auf 800.000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Es sollen Projekte der zielgruppenspezifischen Prävention, Beratung, Betreuung und Versorgung von Menschen mit HIV und AIDS auch in 1999 gefördert werden. Hierzu gehören AIDS-Prävention für schwule und nichtschwule Jugendliche, frauenspezifische selbsthilfeeorientierte AIDS-Präventionsprojekte, selbsthilfeeorientierte AIDS-Präventionsprojekte für schwule Männer sowie Projekte zur qualitativen und strukturellen Verbesserung der Versorgung von Menschen mit HIV und AIDS. In den vergangenen Jahren sind mit zahlreichen regionalen und überregionalen Projekten im Bereich der zielgruppenspezifischen AIDS-Prävention deutliche Akzente für die Weiterentwicklung der Präventionsarbeit in NRW gesetzt worden. Positive Ansätze sind in der Beratung und Betreuung erzielt worden.</p>	

Finanzministerium

Vorlage an den
Haushalts- und Finanzausschuß
des Landtags

Anlage zu Vorlage

12/2471

12/2472

12/2473

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1999

Einzelplan 11: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit

Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
	<u>Einzelplan 11: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit</u>			
11 030	<u>Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann</u>			
526 10	Wissenschaftliche Begleitung von Dienstleistungspools	180.000	+40.000	220.000
546 11	Sonstige Verwaltungsausgaben für die modelhafte Erprobung und Durchführung von Dienstleistungspools	820.000	+90.000	910.000
684 13	Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben von Fraueninitiativen, die gegen sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen tätig sind	1.250.000	+250.000	1.500.000
	Verpflichtungsermächtigung bisher: -- neu: 500.000			
684 21	Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an die Träger von spezialisierten Beratungseinrichtungen	950.000	+300.000	1.250.000
684 24	Zuschüsse zu Maßnahmen für Frauen und Mädchen mit Behinderungen	300.000	--	300.000
	Verpflichtungsermächtigung bisher: -- neu: 150.000			
684 40	Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen zum Thema „Gewalt gegen Frauen und sexueller Mißbrauch an Kindern“ sowie „Sexualaufklärung und Prävention“	1.200.000	+300.000	1.500.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
11 050	Kinder-, Jugend, Familien- und Altenhilfe			
TG 61	Landesjugendplan (Haushaltsvermerke Nr.2,3,4 unverändert)			
657 61 (neu)	Haushaltsvermerk Nr.1 „Die Ausgaben der Titelgruppe sind mit Ausnahme der Titel 657 61 und 688 61 gegenseitig deckungsfähig“		+1.500.000	1.500.000
688 61 (neu)	Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe für das Aktionsprogramm „Zukunft für die Jugend: Bildung und Ausbildung“ Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe für das Aktionsprogramm „Zukunft für die Jugend: Bildung und Ausbildung“		+4.000.000	4.000.000
	Anpassung der Erläuterungen zu TG 61: neuer Unterteil Nr. 26. Aktionsprogramm „Zukunft für die Jugend“ (in TDM) Titel 657 61 bisher: -- neu: 1.500,0 Titel 688 61 bisher: -- neu: 4.000,0			
	Zu Nr. 26: Mit diesem Programm sollen 1. Benachteiligte junge Menschen im Übergang von der Schule in den Beruf frühzeitig und in Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule durch Angebote zur Stärkung ihrer Motivation und Persönlichkeit besonders gefördert werden. 2. Die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten junger Menschen zwischen 14 und 18 Jahren weiterentwickelt und neue Ansätze im außerschulischen und außerunterrichtlichen Bereich erprobt werden. Dabei sollen auch Ansätze bi- und multinationaler Jugendarbeit einbezogen werden.			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
noch Erläuterung zu TG 61	Gefördert werden Träger der freien Jugendhilfe, Initiativgruppen und sonstige in diesen Bereichen tätigen Organisationen/Institutionen mit 4,0 Mio DM und Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit 1,5 Mio DM.			
11 050	Kinder-, Jugend, Familien- und Altenhilfe			
TG 68	Kosten der Durchführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 68	Zuschüsse an freie Träger	5.000.000	+2.000.000	7.000.000
TG 87	Gleichgeschlechtliche Lebensformen (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 87	Zuschüsse an freie Träger	1.008.000	+300.000	1.308.000
11 080	Maßnahmen für das Gesundheitswesen			
TG 64	Bekämpfung erworbener Immunschwäche (AIDS) (Haushaltsvermerke unverändert)			
685 64	Zielgruppenspezifische AIDS-Prävention, Beratung, Betreuung und Pflege	830.000	+570.000	1.400.000
1 C	Verpflichtungsermächtigung bisher: -- neu: 800.000			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
noch 11 080	Maßnahmen für das Gesundheitswesen			
TG 71	Bekämpfung der Suchtgefahren (Haushaltsvermerke unverändert)			
653 71	Zuweisung für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände	7.560.700	+1.000.000	8.560.700
	Verpflichtungsermächtigung bisher: 1.500.000 Erhöhung: 4.300.000 neu: 5.800.000			
684 71	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	26.166.300	+1.000.000	27.166.300
	Anpassung der Erläuterung zu TG 71: Nr. 15. Sucht und Frauen, Schwerpunkthilfe, Selbsthilfe, übergreifende Modellfinanzierung (in TDM) Titel 653 71 bisher: 1.000,0 neu: 2.000,0 Titel 684 71 bisher: 2.308,0 neu: 3.308,0			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
noch 11 080	Maßnahmen für das Gesundheitswesen			
TG 75	Standortsicherung und Innovation im Gesundheitswesen (Haushaltsvermerke Nr. 1 und Nr. 2 unverändert) Haushaltsvermerk Nr. 3 „Die Ausgaben dürfen bis zu <u>7.15</u> Mio DM der Einsparungen bei Kapitel 11 070 Titelgruppe 62 überschritten werden.“			
TG 83	Zuweisungen und Zuschüsse zur Verbesserung der Versorgung im ambulanten und komplementären psychiatrischen Bereich und zum Ausbau des außerstationären psychiatrischen Bereichs.			
893 83	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige Verpflichtungsermächtigung bisher: -- neu: 1.000.000	560.000	+291.000	851.000
	Einzelplanabschluß: Einnahmen Ausgaben Verpflichtungsermächtigungen	308.770.000 3.923.828.000 416.481.000	-- 11.641.000 6.750.000	308.770.000 3.935.469.000 423.231.000